



Fraktion im Kreistag Groß-Gerau

Fraktion im Kreistag Groß-Gerau

PRESSEMITTEILUNG

Dringlichkeitsantrag: SPD und DIE LINKE. Offene Liste lehnen „Starke Heimat Gesetz“ ab

Im hessischen Landtag wird derzeit die Gesetzesinitiative „Starke Heimat Hessen“ der Landesregierung beraten. Wie auch die kommunalen Spitzenverbände und die Mehrheit der Kommunen, sehen die Fraktionen der SPD und der LINKEN. Offenen Liste im Kreistag Groß-Gerau dieses Gesetzespaket kritisch und empfehlen dem Kreistag mit einem Dringlichkeitsantrag sich ablehnend zu dieser Initiative zu positionieren.

Die Fraktionsvorsitzende der SPD Kerstin Geis bekräftigt, dass das „Starke Heimat Gesetz“ nur der Verschleierung des unterfinanzierten und offensichtlich reformbedürftigen kommunalen Finanzausgleichs dient. Sie fordert: „Die Mittel aus der Gewerbesteuerumlage, die zum Jahresende aufgrund von neuen, bundesgesetzlichen Regelungen freiwerden, sollen unbedingt den Kommunen überlassen werden. Stattdessen will das Land unzulässig in die Finanzhoheit der Kommunen eingreifen“.

Die beiden Fraktionen machen deutlich, dass dieser Eingriff dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung widerspricht, denn eine eigenständige Entscheidung zur Verwendung der Gelder werde den Kommunen durch die zweckgebundene Zuweisung der Mittel genommen.

Christiane Böhm, Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Offenen Liste ergänzt: „Das Gute-Kita-Gesetz des Bundes sollte mit Landesmitteln auf den doppelten Betrag aufgefüllt werden, so der Sozialminister. Jetzt wird das Geld für die Kitabetreuung von den Kommunen genommen, die sowieso schon den Hauptteil der frühkindlichen Betreuung tragen müssen. Dasselbe gilt für die Investitionsförderung der Krankenhäuser.“

Die beiden Fraktionen freuen sich aber darüber, dass es dem Land Hessen nicht gelungen sei, den beabsichtigten Keil zwischen die Kommunen der „Gewinner-“ und „Verliererseite“ zu treiben, vielmehr lehnen auch die profitierenden Kommunen eine Mehrbelastung anderer Städte und Gemeinden ab. Wenn die Landesregierung eine kommunale Selbstverwaltung ernst nehmen würde, beließe sie die Entscheidungshoheit über die eigenen Finanzeinnahmen den Stellen, die vor Ort Verantwortung tragen, denn im Umkehrschluss würde sie die Verwaltung von

originären Landesmittel auch nicht den Kreisen, Städten und Gemeinden überlassen.

Der Kreistag Groß-Gerau sollte es den anderen beteiligten Städten und Gemeinden gleich tun, eine Resolution zum „Starke Heimat Gesetz“ zu verabschieden und eine klare, ablehnende Position einnehmen. Leider wurde im Kreistag die Dringlichkeit verneint, so dass der Antrag nicht beraten werden konnte.